



SonntagsBlick
8008 Zürich
044/ 259 64 64
www.blick.ch/sonntagsblick

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 203'351
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 283.009
Abo-Nr.: 1094356
Seite: 22
Fläche: 109'730 mm²



Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler

«**De Weck** verpasst seinen Journalisten einen **Maulkorb**»

Die SRG **berichte kaum
über das Billag-
Referendum, sagt Bigler**

«**Eine Billag-Steuer von 1000 Franken ist programmiert**»

Hans-Ulrich Bigler



SonntagsBlick
8008 Zürich
044/ 259 64 64
www.blick.ch/sonntagsblick

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 203'351
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 283.009
Abo-Nr.: 1094356
Seite: 22
Fläche: 109'730 mm²

Persönlich

Der Motorradfahrer **Hans-Ulrich Bigler (56)** ist seit 2008 Direktor des Gewerbeverbands, der gegen 300 000 Firmen vertritt. Der Ökonom hat an der Uni Bern und der Harvard Business School studiert. Er ist Vater von drei Kindern und lebt in Affoltern am Albis ZH. 2011 hat der FDP-Mann erfolglos für den Nationalrat kandidiert.

INTERVIEW: CHRISTINE MAIER UND JOËL WIDMER, FOTOS: VALERIANO DI DOMENICO

Herr Bigler, fahren Sie Ski?

Hans-Ulrich Bigler: Ja. Ich gehe regelmässig nach Samnaun. Dort gibt es herrliche Pisten unterschiedlicher Schwierigkeitsgrade. Es ist ein extrem schönes Skigebiet.

Der Schweizer Wintertourismus gilt nicht erst nach Aufgabe des Mindestkurses als teuer und eher unfreundlich.

Ich erlebe in Samnaun das Gegenteil. Die Freundlichkeit ist genauso gut wie an anderen Orten auch. Wesentlich ist vor allem die Infrastruktur. Man sieht in Andermatt, welchen Kraftakt es braucht, wenn die Investitionen ausbleiben.

Welche Auswirkungen auf den Tourismus hat der Verzicht der Schweizerischen Nationalbank auf die Euro-Mindestkursgrenze?

Die exportorientierten Branchen, und dazu gehört der Tourismus, werden unter Preisdruck kommen. Das ist alles andere als eine einfache Situation. Seit der Einführung des Mindestkurses vor zwei Jahren war aber klar, dass es sich um eine temporäre Massnahme handelt.

Die Nationalbank brachte immer zum Ausdruck, die Zeit müsse genutzt werden, um sich auf die «Phase danach» vorzubereiten.

Sind die kleinen und mittleren Unternehmen nun vorbereitet?

Ich glaube, dass die guten Betriebe die Rahmenbedingungen antizipiert haben. Trotzdem: Eine Kostensteigerung von 20 Prozent ist auch für diese eine grosse Herausforderung. Daneben wird es auch andere Betriebe geben, die weniger gut vorbereitet sind. Der Druck auf die Unternehmen ist in der jetzigen Situation sehr gross.

Wie haben sich Unternehmen denn vorbereitet?

Man musste überlegen, wie man die Kostenstruktur im Betrieb anpassen kann, falls der Franken stärker werden sollte. Dabei geht es um Prozessoptimierungen. In zwei Jahren kann man entsprechende Strategien umsetzen. Das heisst aber auch, neue Absatzchancen zu erkennen und zu erschliessen.

Diese Woche sagte Ihr eigener Gewerbepräsident Jean-François Rime: «Der Mindestkurs ist unabdingbar und bleibt hoffentlich möglichst lange.»

Ich würde meinen, dass er das vor allem aus Unternehmersicht sagte.

Es gibt Stimmen, die Tausende Arbeitsplätze in Gefahr sehen.

Man muss jetzt kühlen Kopf bewahren. Es gibt auch positive Punkte: Wir haben keine Teuerung, der Ölpreis ist sehr tief. Amerika ist dabei, sich zu erholen, wir haben China als Wachstumsmarkt. Die Frage ist aber, wie sich Europa weiterentwickeln wird.

Kommen wir zu Ihnen persönlich. An Silvester haben Sie sich

vorgenommen, endlich einen Nationalratssitz für die FDP zu erobern, oder?

Das ist tatsächlich mein Ziel. Das hängt aber vom Entscheid der Partei ab.

Warum möchten Sie unbedingt in den Nationalrat? Sind Sie ein Postenschacher?

Postenschacher ist eine sehr gewagte Unterstellung. Als Interessenvertreter der KMU-Wirtschaft kann man im Parlament noch mehr bewegen.

Und deshalb lancierten Sie das Billag-Referendum. Das ist Ihre persönliche Wahlkampagne ...

(lacht laut) Wir haben das Billag-Thema bereits 2009 lanciert. Sehr viele KMU wurden damals vorstellig wegen schnüffelnder Billag-Inspektoren. Wir forderten mehr Transparenz und eine Entlastung der Wirtschaft von der Gebühr. Aber unsere Aspekte wurden bei der aktuellen Reform ausser Acht gelassen. Und darum bekämpfen wir die neue Billag-Mediensteuer.

Wie wollen Sie das Billag-Referendum durchbringen? Die

Kosten für den Einzelnen sinken ja von 462 auf 400 Franken!

Das ist ein Buebetrickli von Frau Leuthard. Man versucht, das Volk zu ködern, indem man die Billag vordergründig billiger macht. Fakt bleibt aber: Es wird eine neue Steuer eingeführt. Nebst der Bundessteuer, der Gemeindesteuer, der Kantonalsteuer, der Mineralölsteuer oder der Kirchensteuer. Neu zahlen alle, auch jene, die keinen Radio oder Fernseher haben.

Wo ist das Problem?

Ausserhalb jeglicher demokratischer Kontrolle kann die Steuer künftig unbeschränkt erhöht werden. In den letzten zwanzig Jahren



SonntagsBlick
8008 Zürich
044/ 259 64 64
www.blick.ch/sonntagsblick

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 203'351
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 283.009
Abo-Nr.: 1094356
Seite: 22
Fläche: 109'730 mm²

hat sich die Abgabe um 64 Prozent auf heute 462 Franken erhöht. Mit der Entwicklung hin zu neuen teuren Eigenproduktionen und Online-Investitionen ist eine Billag-Mediensteuer von 1000 Franken in Kürze programmiert. Frau Leuthard wollte die Steuer am Volk vorbeischnuggeln.

Viele Firmen umgehen die Billag. Nur 20 Prozent bezahlen Radiobeiträge. Das kann doch nicht sein, dass nur so wenige ein Radio besitzen?

Das ist eine absurde Unterstellung. Damit verunglimpfen Sie die ganze KMU-Wirtschaft als Schwarzseher. Tatsache ist, dass die Arbeitnehmer angestellt sind, um zu arbeiten und nicht um Radio zu hören. Jene Betriebe, die das tatsächlich beansprucht haben, haben sich angemeldet, das wurde von den Billag-Kontrolleuren überprüft.

Es gibt auch Kleingewerbler, welche es okay finden, TV-Gebühren zu zahlen.

Wer die Programme nutzt, bezahlt Gebühren. Neu würden ausnahmslos alle Haushalte und Betriebe zur Kasse gebeten. Auch dann, wenn sie die Programme gar nicht nutzen. Das ist Abzockerei. Natürlich haben Sie in einem Dachverband nie eine hundertprozentige Übereinstimmung. Immerhin: Wir haben das Referendum in rekordverdächtigen acht Wochen zusammengbracht. Was mich diese Woche hingegen betrübte, war die

SRG. Ich stelle fest: SRG-Chef Roger de Weck hat seinen Journalisten bereits einen Billag-Maulkorb verpasst.

Woran stellen Sie das fest?

Wir werden gezielt benachteiligt, und die Argumente gegen die neue Billag-Mediensteuer werden bei der SRG in der Berichterstattung ausgeblendet. Unser Referendum erhielt in der Tagesschau gerade mal 30 Sekunden, obwohl wir mehr Unterschriften eingereicht haben als das Referendum zur Gotthardröhre. Trotzdem wurde der Gotthard in der Tagesschau in der Anmoderation erwähnt, bekam einen prominenten Beitrag, einen Vertiefungsbeitrag und noch eine Wiederholung in der Sendung «10 vor 10». Im Tessiner Fernsehen gab es dazu gar eine viertelstündige Diskussion. Eine solch unausgewogene Berichterstattung ist journalistisch völlig unprofessionell.

Sind die SRG-Kanäle Ihrer Meinung nach das Billag-Geld wert?

Wir haben den Service public an sich nie kritisiert. Es gibt die eine oder andere Sendung, bei der man sich sehr wohl fragen kann, ob das sein müsste.

Zum Beispiel?

Der Schawinski-Talk, der im Moment hochaktuell ist. Man kann sich vor allem auch fragen, ob die neue Steuer nicht viel zu hoch ist. Aber bei der aktuellen Reform wurde die Diskussion über den Service public eben nicht geführt.

Sagen Sie es uns: Wie umfangreich soll der Service public sein?

Das ist eine politische Diskussion, die geführt werden muss. Es ist ja nicht zielführend, wenn ich jetzt ...

... nun weichen Sie bereits aus wie ein Politiker.

Nein, das ist eine politische Diskussion, in die verschiedene Vorstellungen einfließen müssen, etwa die zum Informationsbedürfnis oder zum Entertainment. Und es ist auch die Frage zu stellen, ob das Fernsehen in den Online-Bereich investieren soll.

Was wäre nach den Wahlen im Oktober die ideale Zauberformel für den Bundesrat?

Ein bürgerlicher Bundesrat.

Sie wollen die SP aus der Regierung werfen?

Nein. Aber die Konkordanz muss wiederhergestellt werden.

Ein zweiter Sitz für die SVP also – auf Kosten von wem?

Derzeit wären es zwei Sitze für die SVP, zwei für die FDP, einen für die CVP und zwei für die SP. Primär muss man aber schauen, wie die Wähleranteile nach den Parlamentswahlen 2015 aussehen.

Dann wäre Frau Widmer-Schlumpf nicht mehr dabei. Sie glauben, dass FDP und SVP das schaffen?

Ja.

MITARBEIT: DANIELA BRÜNGGER